

Stadt Naumburg (Saale)

Markt 1

06618 Naumburg (Saale)



1. Änderung Bebauungsplan Nr. 301 „Almricher Weg“, Flemmingen

ABWÄGUNG DER SACHVERHALTE AUS DER BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND ÖFFENTLICHKEIT

Beschluss vom 08.07.2020

Maurice Ihle Architektur und Innenarchitektur

Grochlitzer Straße 4

06618 Naumburg (Saale)

T 03445 234327

T 0171 4543585

info@mauriceihle.de

Hinweise zu der vorliegenden Unterlage

Die Stadt Naumburg (Saale) führt das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 301 „Almricher Weg“ durch.

Nach § 1 Abs. (3) BauGB haben die Gemeinden, vorliegend die Stadt Naumburg (Saale), die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

Träger der Bauleitplanung ist die Stadt Naumburg (Saale), vertreten durch den Gemeinderat als gewähltes kommunales Parlament. Die Stadt Naumburg (Saale) ist damit zugleich Plangeber für den Bebauungsplan Nr. 301 „Almricher Weg“.

Nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches sind die Öffentlichkeit und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden zu Bebauungsplänen zu beteiligen. Die Öffentlichkeit hat Gelegenheit, sich zu den Planinhalten zu äußern. Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange [TÖB] und Nachbargemeinden sind zur Abgabe einer Stellungnahme aufzufordern. Die Äußerungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen TÖB und der Nachbargemeinden erfolgen schriftlich oder zur Niederschrift.

Die Schreiben der Öffentlichkeit, das heißt der Bürger, als auch der betroffenen Behörden und sonstigen TÖB bilden die Stellungnahmen zur Änderung des Bebauungsplanes. In den Stellungnahmen werden sowohl die privaten Belange der Bürger, das heißt der Öffentlichkeit, als auch die von den Behörden zu vertretenden öffentlichen Belange dargestellt. Die Hinweise in den abgegebenen Stellungnahmen bilden das maßgebliche Abwägungsmaterial für die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 301 „Almricher Weg“.

Gemäß § 1 Abs. (7) BauGB sind bei der Änderung des Bebauungsplanes die öffentlichen und privaten Belange gerecht gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Die Abwägung besteht insbesondere in der vollständigen Erfassung aller maßgeblichen Belange und der Zumessung des Gewichtes der vorgetragenen Sachverhalte.

Während des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan wird das Abwägungsmaterial erkundet und gesammelt. Die Änderung des Bebauungsplanes wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aus der Entwurfsfassung entwickelt.

Das Abwägungsmaterial, das heißt die geäußerten Hinweise sind für die Abwägung zu bewerten. Es ist eine Abwägung aller im Verfahren bekannt gewordenen Sachverhalte vorzunehmen.

Da der Bebauungsplan Nr. 27 durch die Stadt Naumburg (Saale) als Plangeber geändert wird, ist nach Maßgabe des § 1 Abs. (7) BauGB auch die Bewertung der in den Sachverhalten vorgetragenen öffentlichen und privaten Belange der Stadt Naumburg (Saale) zugeordnet.

Die Stadt Naumburg (Saale) kann gemäß § 4b BauGB die Vorbereitung von Verfahrensschritten nach den §§ 2a bis 4a BauGB einem Dritten übertragen. Die Stadt Naumburg (Saale) hat im vorliegenden Verfahren von dieser Möglichkeit aus fachlicher Sicht Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der geäußerten Sachverhalte, die am Ende des Verfahrens vorgenommen wird, stellt die Abwägung nach § 1 Abs. (7) BauGB dar. Die Abwägung wird durch den Gemeinderat beschlossen.

Der Gemeinderat der Stadt Naumburg (Saale) erörtert mit einer entsprechenden Vorbereitung die einzelnen Sachverhalte mit der entsprechenden Bewertung. Eine im Vergleich zu dem sachverständigen Abwägungsvorschlag abweichende Bewertung jedes einzelnen Sachverhaltes durch den Gemeinderat der Stadt Naumburg (Saale) ist möglich.

Nach erfolgter Bewertung der Sachverhalte durch die Gemeinderäte, wird das Bewertungsergebnis schriftlich als Dokumentation niedergelegt. Die Abwägungsdokumentation kann sich inhaltlich wie dargelegt von dem sachverständigen Abwägungsvorschlag unterscheiden.

Alle schriftlichen oder zur Niederschrift abgegebenen Stellungnahmen in dem Abwägungsvorschlag werden durch Rahmensetzungen gekennzeichnet und mit einer Ordnungsnummer versehen. Die Sachverhalte grenzen einen thematisch zusammenhängenden Hinweis ab.

Der sachverständige Abwägungsvorschlag ist nach folgenden Prinzipien aufgebaut:

Die Stadt Naumburg (Saale) nimmt alle im Änderungsverfahren abgegebenen Stellungnahmen formell und inhaltlich in vollem Umfang zur Kenntnis. Somit werden alle geäußerten Stellungnahmen und Hinweise einer Bewertung unterzogen. Die Bewertung kann zu unterschiedlichen Bewertungsergebnissen führen. Für die Abwägungsbewertung zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 301 „Almricher Weg“ werden die nachfolgenden Bewertungskategorien genutzt.

Kenntnisnahme

Alle abgegebenen Hinweise und Sachverhalte werden prinzipiell zur Kenntnis genommen. Damit bestehen keine Hinweise, die hinsichtlich ihrer Abwägungserheblichkeit nicht bewertet sind.

Bei Hinweisen, welche allgemeine Meinungsäußerungen darstellen und keine Änderungsanforderungen für die Änderung des Bebauungsplanes enthalten, das heißt in der Abwägung nicht bewertet werden müssen, bleibt es bei der Kenntnisnahme.

Berücksichtigung

Wenn nach erfolgter Bewertung ein Hinweis berücksichtigt werden soll, wird dieser der Kategorie Berücksichtigung zugeordnet. Dabei wird in materielle und technische Berücksichtigung unterschieden.

materielle Berücksichtigung

In einem geäußerten Sachverhalt wird die Forderung erhoben, den Bebauungsplan hinsichtlich materieller Festsetzungen in den textlichen Festsetzungen zu ändern. Der Hinweis wird als berechtigt bewertet und durch entsprechende Änderungen im Plan bzw. den textlichen Festsetzungen und ggf. der Begründung berücksichtigt. Die materielle Berücksichtigung berührt die Grundzüge der Planung oder stellt eine grundsätzliche Änderung der Planaussage dar.

technische Berücksichtigung

In einem geäußerten Sachverhalt wird die Forderung erhoben, die Bebauungsplanänderung hinsichtlich bestimmter Formulierungen in der Begründung oder hinsichtlich bestimmter, nicht materieller Festsetzungen zu ändern. Der Hinweis wird als berechtigt bewertet und durch entsprechende Änderungen im Plan bzw. der Begründung berücksichtigt. Da die vorgenommene Änderung nicht die materiellen Inhalte des Bebauungsplanes ändert, besteht die Bewertung in einer technischen Berücksichtigung. Die Ergänzung der Begründung stellt eine technische Berücksichtigung dar:

- die im Sachverhalt mitgeteilten Bestandteile wie zum Beispiel nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffene Festsetzungen werden nachrichtlich im Sinne von § 9 Abs. (6) BauGB in die Festsetzungen aufgenommen, die nachrichtliche Übernahme stellt eine redaktionelle Anpassung dar, welche kein erneutes Beteiligungserfordernis auslöst
- die Begründung wird um bestimmte Hinweise gemäß dem geäußerten Sachverhalt ergänzt, dies stellt ebenfalls eine redaktionelle Anpassung dar und ändert die planerischen Inhalte des Bebauungsplanes nicht
- die textlichen Festsetzungen oder das Begründungsmaterial werden im Sinne des geäußerten Sachverhaltes formal oder redaktionell angepasst oder ergänzt, ohne dass die Grundzüge der Planung berührt werden oder die Anpassung bzw. Ergänzung zu einer grundsätzlichen Änderung der Planaussage führt.

keine Berücksichtigung

In einem geäußerten Sachverhalt wird die Forderung erhoben, den Bebauungsplan materiell-inhaltlich zu ändern. In dem geäußerten Sachverhalt wird den im Bebauungsplan enthaltenen Festsetzungen widersprochen. Die Bewertung des geäußerten Sachverhaltes führt zu dem Ergebnis, dass die geforderte Planänderung aufgrund entgegenstehender oder anderer höherrangiger Belange nicht berücksichtigt wird. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes, denen widersprochen wurde, werden aufrechterhalten. Der Sachverhalt wird in die Kategorie - keine Berücksichtigung - eingestuft.

Die „Nicht-Berücksichtigung“ des Sachverhaltes aufgrund gewichtiger anderer oder entgegenstehender Belange ist zu begründen.

Die den Schreiben der Behörden beigelegten Anlagen werden aus Gründen einer besseren Lesbarkeit der Unterlage im Regelfall nicht in die vorliegende Unterlage eingefügt, sofern ihre Kenntnis für die Abwägungsentscheidung nicht notwendig ist. Die Anlagen sind Bestandteil der Verfahrensakte und somit der Stadt bekanntgegeben.

Wenn Stellungnahmen, die in frühen Verfahrensschritten geäußert wurden, durch die Behörden, sonstigen TÖB, Nachbargemeinde oder die Öffentlichkeit inhaltlich aufrechterhalten werden, sind diese Schreiben ebenfalls Bestandteil der abschließenden Abwägung.

A. Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)

A-1

BÜRGENLANDKREIS
Der Landrat

Burgenlandkreis • Postfach 1151 • 06601 Naumburg (S.)

Maurice Ihle
Architektur und Innenarchitektur
Grochlitzer Straße 4
06618 Naumburg

Stabsstelle Breitbandausbau/
Regionalplanung
Untere Landesentwicklungsbehörde

Rückfragen an:
Gabriele Frenzel
Telefon: 03443 372 225
Telefax: 03443 372 224
E-Mail: frenzel.gabriele@bkl.de

Dienststelle/Besucheranschrift:
Am Stadtpark 6
06667 Weißenfels
Zimmer-Nr. 113

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom 31.01.2020	Mein Zeichen 6122-01-20-25	Datum 13.02.2020
--------------	----------------------------------	-------------------------------	---------------------

Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
Hier: 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 301 Almricher Weg OT Flemmingen der Stadt Naumburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Entwurf des 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 301 Almricher Weg OT Flemmingen der Stadt Naumburg (Stand 18.12.2019) erhielt der Burgenlandkreis im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange die Möglichkeit, die von ihm zu vertretenen Belange geltend zu machen, die durch die Planung berührt sind.


Nachfolgend gebe ich Ihnen dazu die Hinweise betroffener Fachbehörden meines Hauses bekannt.

Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden damit weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt. Meine Behörde nimmt keine Vorabwägung vor.

**Stabsstelle Breitbandausbau/ Regionalplanung
SG Untere Landesentwicklungsbehörde**

Mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes wird das grundlegende Planungsziel des Ursprungsbebauungsplanes – Allgemeines Wohngebiet – nicht verändert. Die Änderungen betreffen Festsetzungen des Gestaltungsrechtes im Sinne von § 85 BauO LSA i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB (Änderung der Dachgestaltung). Die geänderten Festsetzungen bewirken keine Raumbedeutsamkeit der Planung. Belange, welche die untere Landesplanungsbehörde zu vertreten hat, stehen der Planänderung nicht entgegen.

Aus städtebaulicher Sicht werden folgende Hinweise gegeben:
Nach den hier vorliegenden Unterlagen wurde bereits im Jahr 1998 eine Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes geführt, hier: Erweiterung des Geltungsbereiches.

 **Burgenlandkreis** Postanschrift: PF 1151, 06601 Naumburg • Haus-/Lieferanschrift: Schönbürger Straße 41, 06618 Naumburg
Telefon 03445 73 0 • Telefax 03445 73 1199 • E-Mail: burgenlandkreis@bkl.de • Internet: www.burgenlandkreis.de
Bankverbindung Sparkasse Burgenlandkreis • IBAN: DE76 8005 3000 3120 0002 71 • BIC: NOLADE21BLK
Steuer-Nr. 119/144/50022

A-1.1 Kenntnisnahme



Der Gemeinderat der Stadt Naumburg (Saale) nimmt den Sachverhalt A-1.1 inhaltlich vollständig zur Kenntnis.


A-1.2 Keine Berücksichtigung

Der Gemeinderat der Stadt Naumburg (Saale) nimmt den Sachverhalt A-1.2 inhaltlich vollständig zur Kenntnis. Es existiert bisher keine rechtskräftige 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 301 „Almricher Weg“. 1997 wurde durch den Gemeinderat beschlossen, den Geltungsbereich im Rahmen einer Änderung zu erweitern um die Errichtung eines weiteren Wohnhauses zu ermöglichen. Das Änderungsverfahren wurde nicht weiter verfolgt. Eine Nummerierung für diese vorgesehene Bebauungsplanänderung wurde nicht vorgenommen, sodass das vorliegende Verfahren tatsächlich die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 301 „Almricher Weg“ darstellt.

A-1.1

A-1.2

<p>A-1</p>	<div data-bbox="837 317 999 379">  </div> <p> Noch A-1.2 Über den Ausgang des Verfahrens ist hier nichts bekannt. </p> <p> A-1.3 Der unter II der Textfestsetzungen verwendete Begriff „Aufhebung“ ist hier nicht zutreffend verwendet worden. Dieser Begriff wird bei einer ersatzlosen Außerkraftsetzung eines Bebauungsplanes verwendet und wäre nicht nach einem Verfahren nach § 13 BauGB möglich. </p> <p> A-1.4 Amt für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen Seitens des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen gibt es, vorausgesetzt die zurzeit gültigen Gesetze und anerkannten Regeln der Technik mit Brandschutzrelevanz werden eingehalten/realisiert, keine Hinweise zur Planänderung. </p> <p> A-1.5 Umweltamt Die Fachbereiche des Umweltamtes haben die 1. Änderung des oben genannten Bebauungsplanes ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen. Mit freundlichen Grüßen im Auftrag  </p>
-------------------	---

<p>A-2</p>	<p>Stadtverwaltung Naumburg Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt Untere Denkmalschutzbehörde</p> <p>HAUSMITTEILUNG</p> <p>von: UDSB / Fr. Haupt AZ: 63-54-34-20-4 Naumburg, den 07.02.2020</p> <p>An: SG Stadtplanung / Frau Krumov</p> <div data-bbox="383 738 1008 782" style="border: 1px solid black; padding: 2px;"> <p>Betr.: Änderung Bebauungsplan Nr. 301; Almricher Weg" Flemmingen Hier: denkmalrechtliche Stellungnahme</p> </div> <p>A-2.1</p> <p>Der Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplanes befindet sich nicht im Geltungsbereich eines Denkmalbereiches oder eines archäologischen Flächendenkmales gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 oder 4 DenkmSchG LSA.</p> <p>Die Änderung des Bebauungsplanes berührt somit keine denkmalrechtlichen Belange.</p> <p> i.A. Haupt</p>	<p>A-2.1 Kenntnisnahme</p> <p>Der Gemeinderat der Stadt Naumburg (Saale) nimmt die Aussagen des Sachverhaltes A-2.1 zur Kenntnis, dass die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 301 keine Belange des Denkmalschutzes berührt.</p>
-------------------	---	---

A-3	Technische Werke Naumburg GmbH	Keine Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. (2) BauGB abgegeben.
A-4	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt (UNESCO)	Keine Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. (2) BauGB abgegeben